

Mehr Sicherheit in der EU – Eine Herausforderung !

Die Europa Union München und „europe direct“ München veranstalteten zu diesem Thema am 08. Mai eine Podiumsdiskussion.

Nach der Begrüßung durch die Gastgeber diskutierten die CSU Europa -Abgeordnete Monika Hohlmeier, der Stellvertretende Vorsitzende des „George C. Marschall European Center for Security Studies“, Brigadegeneral a.D. Berger und der Direktor des „Austria Institut für Europa- und Sicherheitspolitik“, Dr. Arnold Kammel.

Dr. Kammel skizzierte die sicherheitspolitischen Herausforderungen angesichts der Kriege und Terror im Osten und Nahen Osten, Klimawandel und Religionskriege in Afrika, die sich immer stärker auch auf die EU auswirken. „Europäische Interessen“ müssen die Europäer gemeinsam verteidigen.

Nach Ansicht von General Berger muss Sicherheit ganzheitlich gesehen werden. Er erläuterte welche sicherheitspolitischen Institutionen der EU zur Verfügung stehen und wie komplex die Zusammenarbeit bei den zivilen und militärischen EU-Missionen ist. Leider wären die Ansätze zur Zusammenarbeit primär bilateral.

MdEP Hohlmeier legte dar, wie mit dem Vertrag von Lissabon die Rolle und der Einfluss des EU-Parlaments im Bereich der Innen- und Justizpolitik gestärkt wurde. Sie wies darauf hin, dass viele sicherheitspolitische Maßnahmen, die seitens der EU-Organen oft zeitnah und zügig verabschiedet, durch die Nationalstaaten teilweise jahrelang verschleppt wurden.

In der anschließenden Podiumsdiskussion, unter Leitung von Dr. Ute Hartenberger von der Europa Union München, waren sich die Diskutanten weitestgehend einig, dass im Bereich der äußeren Sicherheit – auch angesichts der veränderten politischen Schwerpunkte in den USA und daraus resultierenden Unwägbarkeiten – die EU ihre personellen und materiellen Anstrengungen deutlich erhöhen müsse. Dabei wären durch bessere Koordination bei der Entwicklung von militärischen Systemen, gemeinsamer Nutzung von Infrastruktur, Trainings- und Operations-Zentren erhebliche Einsparungen möglich.

Eine besondere Herausforderung ergibt sich aus verfassungsrechtlichen Einschränkungen in den Mitgliedstaaten (z.B. Parlamentsvorbehalt für militärische Einsätze der Bundeswehr). Eine strikte Trennung von polizeilicher Gefahrenabwehr und militärischer Verteidigung wird durch die Möglichkeiten „Hybrider Kriegführung“ immer schwieriger.

Die Sicherung der EU-Außengrenzen durch die peripheren Nationalstaaten ist unzureichend. Die EU-Grenzschutzagentur Frontex muss mit Personal und eigenen Einsatzmitteln gestärkt werden. Es liegt an den Mitgliedstaaten die dafür erforderlichen rechtlichen und tatsächlichen Möglichkeiten zu schaffen.